

Aufwandsentschädigung des Bundesvorstands

Den Mitgliedern des Bundesvorstands (im Folgenden Vorstände genannt) kann nach Beschluss der Bundesjugendversammlung 2023 in Zukunft eine Entschädigung für ihre Vorstandstätigkeit ausbezahlt werden. Rechtlich betrachtet kann es sich je nach Betrag bei der Vorstandsentschädigung um eine Vergütung im Sinne einer Nebenbeschäftigung handeln.

Der Bundesvorstand und die Geschäftsführung werden beauftragt, gemeinsam mit dem Bundesjugendrat und dem BUND ein Auszahlungsmodell zu entwickeln, dessen Hauptzweck ist, bedarfsgerecht die Barrieren für das Vorstandsamt zu reduzieren. Die BJV empfiehlt für die Verteilung ein solidarisches Modell, wobei die Aufteilung der Summe, angelehnt an Bietverfahren der solidarischen Landwirtschaft, beispielsweise halbjährlich, mit einer Mediation ausgehandelt wird.

Die Entschädigung ist gedeckelt auf den Minijob-Rahmen von aktuell 520€ pro Person und Monat. Die Einführung dieses Modells der Entschädigung gilt zunächst befristet bis zur BJV 2024. Der Bundesvorstand berichtet auf der BJV 2024 sowie im BUNDjugend-Rat über Umsetzung und Auswirkungen der Entschädigung des Bundesvorstandsamts, schafft darüber hinaus aber auch intern und öffentlich Transparenz über Höhe und Art der Entschädigung. Bei der BJV 2024 wird das entstandene Modell noch einmal von der Versammlung diskutiert und ggf. angepasst bzw. für die langfristige Anwendung bestätigt.

Der Bundesvorstand wird beauftragt, auf der Bundesdelegiertenversammlung des BUND einen Antrag zu stellen, §15 Absatz 1 der Satzung um Mitglieder des Bundesvorstands der BUNDjugend entsprechend zu erweitern.

Weiter wird der Bundesvorstand verpflichtet, konkrete Maßnahmen umzusetzen und auf der nächsten BJV vorzustellen, welche das Amt niedrigschwelliger und aufwandsärmer gestalten.

Zudem erhält der Bundesvorstand den Arbeitsauftrag, sich gemeinsam mit der Projektgruppe Diskriminierungssensibilität inhaltlich und strukturell mit intersektionalem Klassismus auseinanderzusetzen. Auch darüber soll bei der BJV 2024 berichtet werden.